

4600 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Bundesrates

B e r i c h t  
des Rechtsausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 8. Juli 1993 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1993 geändert wird (StbG-Novelle 1993)

Ziel des gegenständlichen Beschlusses ist der Beitrag zur Wiedergutmachung an den in den Jahren bis 1945 emigrierten (vertriebenen) Personen durch den Entfall des Erfordernisses der Wohnsitzbegründung in Österreich.

Der Gesetzesbeschluß enthält Regelungen über den erleichterten Wiedererwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft sowie den Entfall der Gebührenpflicht für diese Fälle. Darüber hinaus sind Anpassungsbestimmungen vorgesehen. Schließlich entfällt das Anhörungsrecht des Bundesministers für Inneres in Fällen der Verleihung der Staatsbürgerschaft bei einer Wohnsitzdauer von weniger als zehn Jahren.

Der Gesetzesbeschluß enthält eine verfassungsändernde Bestimmung, die in die Kompetenz der Länder eingreift, und daher der Zustimmung des Bundesrates bedarf.

Der Rechtsausschuß stellt nach Beratung der Vorlage am 12. Juli 1993 mit Stimmeneinhelligkeit den Antrag, gegen den Beschluß des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben und der Verfassungsbestimmung im Sinne des Art. 44 Abs. 2 B-VG die Zustimmung zu erteilen.

Wien, 1993 07 12

Johann P a y e r  
Berichterstatter

Dr. Milan Linzer  
Stv. Vorsitzender